

Brennpunkt Angola

Autor(en): **D.S.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **1 (1975)**

Heft 8

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-358339>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Brennpunkt Angola

Am 11. November wurde Angola, die letzte portugiesische Kolonie, unabhängig. Das zweitreichste Land Afrikas steht heute im Mittelpunkt des internationalen Interesses.

Die ersten Portugiesen kamen Ende 15. Jahrhundert nach Angola. Mit der Hilfe einheimischer Häuptlinge, die durch sogenannte Schutzverträge gekauft wurden, organisierten die Kolonialisten einen schwunghaften Sklavenhandel: Zwischen 1650 und 1850 verliessen 4 Millionen Angolenen in Ketten das Land, vier Fünftel davon wurden nach Brasilien exportiert. 1850 wurde der Sklavenhandel abgeschafft, blieb aber faktisch bis in die dreissiger Jahre des 20. Jahrhunderts weiterbestehen. Auf diese Weise machten die portugiesischen Kolonialisten während Jahrhunderten ansehnliche



Profite. Erst nach der faschistischen Machtergreifung durch Salazar (1928) setzte sich bei ihnen die Vorstellung durch, dass Neger nicht nur als Sklaven missbraucht, sondern auch als Arbeitstiere in Angola selbst ausgebeutet werden konnten. So mussten die schwarzen Angolenen auch in Industrie und auf dem Felde Zwangsarbeit leisten und erhielten nur einen Zwölftel des Lohnes ihrer weissen "Mitarbeiter." Auch bekam die einheimische Bevölkerung keine Schulbildung. Noch 1970 gab es 98% Analphabeten.

MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas)

Am 4. Februar begann der organisierte, bewaffnete Widerstand gegen die Kolonialherrschaft. Partisanen des MPLA stürmten das politische Gefängnis von Luanda. Obwohl die Aktion scheiterte, wurde sie Signal zu harten, schweren jahrelangen Befreiungskämpfen.

Am 11. November dieses Jahres erreichten die angolesischen Befreiungskämpfer die Unabhängigkeit von Portugal. Aber die



Freiheit Angolas ist noch keineswegs gesichert. Die Vertreter der multinationalen Konzerne unternehmen alles, um die Kontrolle über die riesigen Bodenschätze Angolas, darunter Erdöl, Uran und Diamanten behalten zu können. Dabei wird die klassische Taktik angewandt: Unter Ausnutzung der Meinungsverschiedenheiten hetzt man die einen Afrikaner gegen die andern. Die Neokolonialisten wissen den Bürgerkrieg zu schüren. Die Bewegungen FNLA (Nationale Front für die Befreiung Angolas) und die UNITA (Nationale Union für die völlige Befreiung Angolas) werden unter andern von Zaire Israel, den USA und Südafrika unterstützt. Sie werden eingesetzt und finanziert, denn "die wichtigsten amerikanischen Interessen im südlichen Afrika befinden sich in Angola", sagte der US-amerikanische Aussenminister Henry Kissinger. Das gleiche gilt für Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und andere Länder. Der angolesische Boden und seine Produkte sind Beute des internationalen Kapitals. Die MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas), die einzige Bewegung, die in den letzten Jahren konsequent den Kampf für die Entkolonialisierung geführt hat, kämpft auch weiterhin gegen fremde Interessen und für die tatsächliche Unabhängigkeit Angolas. ds

Kuba: 700 Vorschul-einrichtungen

Der kubanische Frauenbund (FMC) hat die ihm bei seiner Gründung vor 15 Jahren gestellte Aufgabe erfüllt, ein fundiertes Programm zur Betreuung von Kleinkindern berufstätiger Mütter zu entwickeln. Gegenwärtig gibt es in Kuba fast 700 sogenannte Circulos Infantiles, in denen ganztägig Kinder bis zu vier Jahren von qualifizierten Pädagogen betreut werden. Auf Initiative des FMC und des Anfang der siebziger Jahre gegründeten staatlichen Instituts für Kindererziehung entstanden Elternbeiräte, die mehr auf die Erziehungsprogramme in den Kindergärten Einfluss nehmen und dafür sorgen, dass sich die Eltern auch pädagogisch weiterbilden.

Keine Meinung

hat der schweizerische Frauenstimmrechtsverband zur Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau". An die ordentliche Delegiertenversammlung im November wurden zwei Referentinnen Pro und Contra eingeladen, doch die anwesenden Delegierten beschloßen, auf das Traktandum gar nicht einzutreten. Weshalb scheut sich der Frauenstimmrechtsverband, für diese Initiative Stellung zu nehmen? Offenbar redet der Verband lieber über die Gleichberechtigung als dass er sich tatkräftig für eine klar formulierte Initiative einsetzt. est

Hausangestellte

Die Arbeitslosenversicherung im Kanton Bern soll ab Januar 1976 obligatorisch erklärt werden. Dies ist ein Vorteil für alle Lohnabhängigen. Erkundigt man sich, warum dann Hausangestellte, also Dienstmädchen, sog. Stundenfrauen, Putzfrauen etc., die ja auch bei der AHV versichert sind, durch dieses Gesetz nicht eingeschlossen werden sollen, bekommt man die fadenscheinige Antwort, dass diese Berufsgruppe schwer erfassbar sei. (Das Hausdienstpersonal im Kanton Solothurn ist z.B. dem Obligatorium unterstellt). Mit Recht hat deshalb Marie Boehlen (SP) im Berner Grossen Rat für die betroffenen Frauen protestiert und beantragt, dass diese Berufsgruppe vom Gesetz nicht ausgeschlossen werden darf.

Hausfrauen in der Isolation

Hausfrau und Mutter sei immer noch das Ideal der jungen Mädchen, schreibt PRO im Novemberheft, auf Grund einer Umfrage von "Brigitte". Die meisten der befragten Frauen haben nach dem ersten Kind den Beruf aufgegeben. Sie "wählten" den "Beruf der Familienfrau". Dies ist verständlich, denn noch immer gilt die berufstätige Mutter als Rabenmutter, sie entspricht nicht der Norm, deshalb "wählten" die Frauen das Hausfrauendasein. Dass allerdings oft ein "diffuses Unbehagen", "Resignation" und "innere Verarmung" bei Hausfrauen feststellbar ist, gibt die Autorin zu. Sie vermisst die Sprecher, die sich der Interessen der Hausfrauen annehmen. Wahrscheinlich kennt sie die Progressiven Frauen noch nicht.

Frau in Kuba

Veranstaltung des VSC (Vereinigung Schweiz-Kuba) Restaurant Beaulieu 5. Dezember 20.00h Referentin Cornelia Gschwind

Kindergärtnerinnen auf der Strasse

54 von 108 frisch diplomierten Kindergärtnerinnen stehen in Zürich diesen Herbst auf der Strasse.

Dies obwohl:

- 45% der Kinder nur ein Jahr den Kindergarten besuchen können. (Ein in Revision befindliches Gesetz sieht den Ausbau auf zwei Jahre vor.)
- Ueber 20 "Häfelischüler" in einer Klasse sitzen. (Die Pädagogen haben sich schon längst auf eine Richtzahl von 15 geeinigt)

Bürgerliche Sparpolitik auf Kosten der Kinder!

Kontaktadressen

Progressive Frauen Schweiz

- 5001 Aarau, Postfach 15
Tel. 064/ 22 56 53
- 4133 Pratteln, Postfach 144
Tel. 061/ 8120 89
- 4001 Basel, Postfach 338
Tel. 061/ 25 58 29
- 3001 Bern, Postfach 1977
Tel. 031/ 22 58 32
- 6000 Luzern, Postfach 69
Tel. 041/ 23 95 69
- 8201 Schaffhausen, Pf. 553
Tel. 053/ 4 79 48
- 4500 Solothurn, Pf. 144
Tel. 065/ 22 37 13
- 9004 St.Gallen, Pf. 143
Tel. 071/ 22 60 76
- 8027 Zürich, Postfach 554
Tel. 01/ 39 20 94
- 8402 Winterthur, Pf. A 146
Tel. 052/ 23 80 91
- 4600 Olten, Postfach 644

Ein alter Trick

Dr. Hannu Thalman, Nationalrätin CVP (SG), findet es unklug, wenn mit der Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" die Anliegen der Frauen vertreten werden. Denn "jeder Vorstoß zugunsten der Frau könnte bei den Männern die Opposition wecken und deshalb abgelehnt werden". Bei welchen Männern? Wahrscheinlich meint Frau Thalman ihre Parteikollegen, die Herren der CVP, mit denen sie offensichtlich einig geht in der Ablehnung einer kompromisslosen Gleichberechtigung der Frauen. Denn mit dem Deckmäntelchen: "Für die Frauenanliegen einstehen - aber nicht in dieser Form", versuchen die Herren und Damen der CVP und anderer bürgerlicher Parteien auf ihre Weise die Gleichberechtigung der Frauen zu verhindern.

Emanzipation

Jahresabonnement Fr. 5.--

Unterstützungsabo Fr. 10.--

Ich abonniere "EMANZIPATION"

Name _____

Vorname _____

Beruf _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Unterschrift _____

Einsenden an: "EMANZIPATION"
Postfach 338, 4001 BASEL
PC 40-31468